IPG

INTERVIEWS 30.06.2026

„Der größte Fehler war, China nicht zu glauben“

Marina Rudyak über falsche Annahmen in der deutschen China-Debatte – und was sich jetzt ändern muss.

Die Fragen stellte Philipp Kauppert.

Wenn Sie auf die deutsche China-Debatte blicken: Was ist das größte Missverständnis, das uns heute daran hindert, China realistisch zu verstehen?

Ich glaube gar nicht, dass es das eine größte Missverständnis gibt. Der grundlegende Fehler, den wir gegenüber China gemacht haben – und übrigens auch gegenüber Russland –, war, ihnen nicht zu glauben. Oder vielleicht noch grundlegender: Wir haben uns gar nicht ernsthaft damit beschäftigt, was sie tatsächlich gesagt und geschrieben haben. Wenn man sich China über einen längeren Zeitraum anschaut, dann sieht man, dass die chinesische Regierung im Großen und Ganzen genau das umsetzt, was sie seit Jahrzehnten ankündigt. Das gilt für Industriepolitik, für Innovation, für grüne Technologien oder für den Aufbau strategischer Lieferketten.

Nehmen Sie die Seltenen Erden. Deng Xiaoping sagte bereits 1992: „Der Nahe Osten hat Öl, China hat Seltene Erden.“ Seitdem lässt sich in offiziellen Dokumenten eine bemerkenswert konsistente Strategie verfolgen. Xi Jinping formulierte 2017 das Ziel, dass es weltweit keine relevante Produktionskette geben solle, die ohne China auskommt. Massive Investitionen in Forschung und Entwicklung, Elektromobilität oder grüne Technologien standen ebenfalls seit Jahren in den Fünfjahresplänen. Das alles war öffentlich. Wir haben es entweder nicht gelesen oder nicht geglaubt. Und genau darin liegt die Quelle vieler Missverständnisse.

Was genau haben wir nicht geglaubt?

Dass China seine eigenen Ziele tatsächlich erreichen könnte. In den Fünfjahresplänen standen sehr konkrete Vorgaben: höhere Ausgaben für Forschung und Entwicklung, der Aufbau einer grünen Wirtschaft,

die Förderung der Elektromobilität oder der digitalen Transformation. Viele haben das als politische Rhetorik gelesen – nach dem Motto: Das schreibt man eben so auf. Dahinter stand aber noch eine tiefere Annahme: Ein autoritärer Staat kann gar nicht innovativ sein. Also mussten diese Pläne zwangsläufig scheitern.

Ich erinnere mich an Gespräche mit deutschen Unternehmen vor etwa zehn Jahren. Damals war in China bereits sehr klar erkennbar, welche Priorität die Elektromobilität bekommen würde. Trotzdem war hierzulande die Überzeugung groß, dass der Verbrennungsmotor noch auf lange Sicht dominieren werde, weil die Kunden das wollten. Viele Menschen mit China-Erfahrung – Deutsche wie Chinesen – haben damals nur ungläubig auf diese Einschätzung geschaut. Heute wissen wir, wie teuer diese Fehleinschätzung geworden ist. Die spannendere Frage lautet deshalb gar nicht: Warum hat China das geschafft? Sondern: Warum haben wir nicht geglaubt, dass China es schaffen könnte? Das sagt wahrscheinlich mehr über uns aus als über China. Warum operieren wir mit Projektionen statt mit dem, was China eigentlich ist?

Im Rückblick wurde viel über die deutsche Russland-Illusion gesprochen. Besteht heute die Gefahr einer umgekehrten China-Illusion – dass wir China nur noch durch die Brille von Bedrohung und Konfrontation betrachten?

Ja, diese Gefahr sehe ich durchaus. Bei Russland wussten wir im Grunde, womit wir es zu tun hatten. Wir haben uns relativ bewusst entschieden, wegzuschauen und so zu tun, als wäre alles in Ordnung. Bei China drohen wir jetzt den umgekehrten Fehler zu machen: Wir schauen gar nicht mehr genau hin, weil wir bereits überzeugt sind, dass China nur noch Bedrohung bedeutet. Das halte ich für genauso gefährlich.

Wir brauchen maximale Informiertheit.

Wir sind mit China in vielen Bereichen weiterhin eng verflochten. Wenn China morgen keine Permanentmagnete mehr liefert, stehen in Europa zahlreiche Produktionsbänder still. Studien gehen davon aus, dass wir in kritischen Bereichen ungefähr zehn Jahre brauchen würden, um solche Abhängigkeiten abzubauen. Diese zehn Jahre müssen wir gestalten. Wir müssen die Beziehung zu China managen – und dafür müssen wir China verstehen. Deshalb brauchen wir vor allem eines: maximale Informiertheit.

Das bedeutet deutlich mehr Menschen, die Chinesisch lesen können,

mehr Expertise in Ministerien, Parlamenten und Forschungseinrichtungen. Ein Großteil der relevanten Informationen ist frei zugänglich – allerdings auf Chinesisch. Wenn wir uns ausschließlich auf Übersetzungen verlassen, übernehmen wir immer auch die Auswahl und Prioritäten anderer. Offizielle chinesische Übersetzungen vermitteln naturgemäß das Bild, das der chinesische Staat von sich selbst zeichnen möchte. Und wenn wir nur englischsprachige Quellen lesen, orientieren wir uns zwangsläufig an den politischen Prioritäten anderer Länder. Wenn wir in einer Welt leben, die geopolitisch von den USA und China geprägt wird – und davon bin ich überzeugt –, dann sollten wir auch in vergleichbarem Maße Ressourcen investieren, um beide zu verstehen. Tun wir das? Die Antwort lautet ganz klar: nein.

Deutschland hat sich lange gefragt, wie China sich verändert. Müssten wir heute nicht vielmehr unsere eigenen Annahmen über China hinterfragen?

Unbedingt. Lange gingen wir in der Politikwissenschaft davon aus, dass wirtschaftliche Entwicklung zwangsläufig zu Demokratisierung führt und autoritäre Systeme auf Dauer nicht innovativ sein können. Beides hat sich für China nicht bestätigt. Vielleicht sagt uns das weniger über China als über unsere eigenen Modelle. Wir haben versucht, China anhand unserer Theorien zu erklären, statt uns anzuschauen, was dort tatsächlich passiert. Eigentlich müssten wir viel stärker wie in einem Labor vorgehen: beobachten, welche Debatten geführt werden, wo investiert wird, welche Prioritäten gesetzt werden – und daraus Schlüsse ziehen, anstatt ständig zu prüfen, ob China in unsere Modelle passt.

Der Eurozentrismus hat dabei sicherlich eine Rolle gespielt. Wir haben den Westen als Norm betrachtet und angenommen, andere Gesellschaften würden sich früher oder später in dieselbe Richtung entwickeln. Aber warum sollten sie das zwangsläufig tun? Selbst wenn man die liberale Demokratie für die beste Regierungsform hält, folgt daraus nicht automatisch, dass alle Länder denselben historischen Weg einschlagen. China versteht seinen heutigen Aufstieg nicht als Beginn von etwas Neuem, sondern als Rückkehr auf einen Platz in der Welt, den es historisch einmal innehatte. Wenn man diese Perspektive ernst nimmt, versteht man manche Entwicklungen sehr viel besser.

In Europa wird China häufig entweder als wirtschaftlicher Partner oder als systemischer Rivale beschrieben. Hilft diese Gegenüberstellung überhaupt noch?

Nein, weil sie ein Entweder-oder suggeriert, das der Realität überhaupt nicht gerecht wird. China ist gleichzeitig Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Der Dreiklang der Europäischen Union beschreibt das eigentlich ganz gut – wir vergessen nur häufig, dass alle drei Rollen gleichzeitig gelten. Schon wirtschaftlich ist die Lage viel komplexer. China ist Absatzmarkt, Lieferant kritischer Komponenten und zugleich unser schärfster Wettbewerber in wichtigen Zukunftsbranchen wie der Elektromobilität. Diese Ambivalenz müssen wir aushalten.

Bei China neigen wir dazu, alles entweder schwarz oder weiß zu sehen.

Interessanterweise gelingt uns das gegenüber den USA sehr viel besser. Dort können wir gleichzeitig über gemeinsame Werte sprechen und scharfe Kritik an politischen Entwicklungen üben. Wir akzeptieren, dass beides nebeneinander existiert. Bei China neigen wir dagegen immer noch dazu, alles entweder schwarz oder weiß zu sehen. Natürlich gibt es eine systemische Rivalität. Aber sie erschöpft sich nicht im Gegensatz von Demokratie und Autokratie. Es geht zunehmend um die Frage, welches politische und wirtschaftliche System überzeugendere Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit liefert. Diese Konkurrenz ist real – und wir sollten sie auch als solche ernst nehmen.

Gleichzeitig gibt es Bereiche, in denen wir ohne China keine Lösungen finden werden. Denken Sie an die globalen Nachhaltigkeitsziele oder an den Klimaschutz. Nachdem sich die USA unter Donald Trump aus vielen internationalen Verpflichtungen zurückgezogen haben, steht China ausdrücklich hinter den *Sustainable Development Goals* der Vereinten Nationen. Auch das gehört zur Realität.

Was müsste Deutschland konkret ändern, um China besser zu verstehen? Und welche Rolle kann dabei die Sozialdemokratie spielen?

Wir müssen sehr viel stärker in China-Kompetenz investieren. Das klingt zunächst unspektakulär, ist aber eine strategische Frage. Deutschland braucht deutlich mehr Menschen, die chinesische Quellen auswerten, Entwicklungen einordnen und dieses Wissen in Politik und Verwaltung einspeisen können. Ich würde mir wünschen, dass sich die Politik genau dafür stärker einsetzt.

Daneben würde ich auch den Wert des Parteiendialogs der SPD mit der Kommunistischen Partei Chinas unterstreichen. Dieser wird

periodisch infrage gestellt, aber ich glaube, dass es absolut falsch wäre, dieses seit über 30 Jahren bestehende Format einzustellen. An der Partei kommt man in China nicht vorbei, sie ist das Zentrum der Macht, solche Kanäle sollte man nicht leichtfertig aufgeben. Sie sind wichtig, um eigene Anliegen zu kommunizieren – und die Handlungslogiken des chinesischen Parteistaats zu verstehen. Diese Gesprächskanäle offenzuhalten, ist kein Zeichen von Naivität, sondern Ausdruck strategischer Klugheit und Weitsicht.



Marina Rudyak
Heidelberg

Marina Rudyak ist Sinologin und als *Principal Investigator* im *Horizon Europe*-Projekt *Detecting and Countering Information Suppression from a Transnational Perspective* tätig. Seit 2025 ist sie außerdem Mitglied des *Editorial Team* der Zeitschrift *Pluriversal International Relations*.